

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: **0 25 73-9 79 14 50**, Fax: **0 25 73-9 79 14 51**,
E-Mail: brh-aktuell@gmx.de , Postanschrift am Ende (auf Seite 4 unten)

V.i.S.d.P. Dr. Riedel

Nr. 13/2013

01.07.2013

- 01 **Einkommensrunde der Länder 2013: Stand der Dinge**
- 02 „Aktiv im Ruhestand“ (AiR)
- 03 Mehr Rente
- 04 **Verwaltungsvorschrift zur Bundesbeihilfeverordnung - Neufassung**
- 05 „Ratgeber für Patientenrechte“
- 06 Radfahrer: Ohne Helm lebt Ihr gefährlich!
- 07 Sturzprophylaxe
- 08 **Leserbrief: Solidarisches Handeln immer wichtiger**
- 09 **Mitmachen – Nicht meckern!**

01 **Einkommensrunde der Länder 2013: Stand der Dinge**

Diese Tarif- und Besoldungsrunde geht alle an:

Tarifbeschäftigte – Beamte – Versorgungsempfänger - Rentner.

Der Kampf geht weiter! – Die Managerarroganz schlägt durch bis in die politischen Kreise der Landesregierungen. Einige Landesregierungen tun sich weiterhin schwer damit, ihre ausbeuterische Beschäftigungspolitik den Landesparlamenten zur Abstimmung vorzulegen. Da wird mit allen Mitteln, auch verfassungswidrig getrickst: Reduzierte Anpassung, nach Besoldungsgruppen gestaffelte Reduktion, zeitliche Verzögerung für alle oder nach Besoldungsgruppen gestaffelt. Erst wenn ein Landesparlament ein problematisches Besoldungsanpassungsgesetz verabschiedet hat, kann der DBB-Landesbund prüfen, ob er dagegen aussichtsreich vor Gericht ziehen kann. Die Darstellungen auf den Internetseiten quer durch Deutschland lassen den Eindruck aufkommen, nicht nur Beamte sondern auch Funktionäre der DBB-Landesbünde haben resigniert und gehen in die innere Kündigung.

Nur gemeinsam sind wir stark. Bleiben wir stets solidarisch!

“ Wer uns quält, wird nicht gewählt!“

02 „Aktiv im Ruhestand“ (AiR)

Die Darstellungen in der neuen "Aktiv im Ruhestand" (AiR) lösten mit den Mai- und Juniausgaben Fragen auf, die der **BRH NRW** dem **DBB Bundesvorsitzenden** vortrug. Dabei erinnerte der Seniorenverband an Versprechungen, die mit der Auflösung des Bundesverbandes BRH gegeben, jetzt aber mit den neuesten Ausgaben der Seniorenschrift nicht gehalten wurden. Dauderstädt hatte daraufhin den Landesvorsitzenden zur großen Redaktionskonferenz ins DBB Forum in Berlin eingeladen, um im Rahmen des Treffens gemeinsam die Probleme zu erörtern und - so Dauderstädts Originaltext - für beide Seiten zufriedenstellende Lösungen zu finden.

Im Rahmen des Treffens ging der neue Redaktionsleiter Dr. Walter Schmitz zusammen mit dem Vertreter des **DBB-Verlags** Bernhard Nietgen zunächst einmal auf die allgemeine Situation von AiR ein. Danach erweist sich die Auflagenzahl als stabil, die Altersgruppe entwickelt sich demographisch. Redaktionsleiter Dr. Schmitz ging zudem auf grundsätzliche Dinge ein. So sei die AiR im April übernommen worden, die Mai Ausgabe war das erste Heft. Aktuell ist die Juniausgabe auf dem Markt. Nach den Rückkopplungen wurde der Reaktion deutlich, dass die neue Zeitschrift ankomme. Ein Hauptaugenmerk werde auf gewerkschaftspolitische Vermerke gelegt. Insgesamt seien 24 Seiten Platz für Senioren, 24 für DBB-Auswahlthemen, gesamt also 48 Seiten. Entschlossen habe man sich, keine Termine aufzunehmen und auch keine "Berichte über lokale Kaffeefahrten" darzustellen. Das stand im Widerspruch zu ehemaligen Versprechungen, worauf Bundesvorsitzender Dauderstädt deutlich machte, dass er nun den Kompromiss suche. Die AiR sei schließlich ein bedeutsamer Teil der **DBB-Seniorenkonzeption**, die Zeitschrift sei ganz wichtig. Einen gewichtigen weiteren Schritt erwarte er nun im November mit der Wahl der Seniorenvertretung auf DBB-Bundesebene. Dann werde es eine Geschäftsführung für diese Einrichtung geben.

Der BRH NRW hatte nach der Maiausgabe ohne Regionalisierung und Termine schnell reagiert und hat sofort die Juni-Ausgabe mit Einlegern bestückt. Für die Zukunft wurde zunächst einmal folgender Kompromiss gefunden: Ab der Doppelausgabe Juni/August werden die **BRH-Termine** wieder (Anmerkung: wie früher) als ein Einleger von AiR durch den DBB Bund **für alle BRH Landesverbände** aufgenommen. Zusätzliche regionalisierte Berichte müssen dann durch den Landesverband in eigenen erstellten Einlegern wieder zugefügt werden. Weitere Inhalte der Konferenz waren die Themen der nächsten Ausgaben, die sich jeweils mit einem Schwerpunktthema beschäftigen. So wird ein **Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe** sich mit dem **Leben von Senioren im Ausland (mit Sicht auf Pension, Versorgung, Beihilfe etc.)** beschäftigen. **Dazu sucht die Redaktion AiR Autoren, die im Ausland leben.**

Quelle: <http://www.brh-nrw.de/info.html#info-524>

03 Mehr Rente

Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern können sich richtig freuen. Ende Juli 2013 gibt es mehr Rente. Diesmal geht es den armen Schwestern und Brüdern im Osten so richtig gut. Erinnern wir uns doch an die Zeit, als größere Fresspakete und viele brauchbare Dinge per Post zwecks Verwandtenhilfe in die DDR flossen. Unseren Schwestern und Brüdern im Osten ging es richtig schlecht. Aber sie standen solidarisch zusammen (wenigstens ein großer Anteil der Bürger) und verweigerten ihren Politikern die Folgsamkeit. Später sind dann westdeutsche Kaufleute und Unternehmer wie Leichenfledderer über die DDR-

Reste hergefallen und haben sie ausgeplündert. Der Soli floss in viele undurchdachte Projekte, die vornehmlich Westunternehmern Gewinne brachten: Viel zu große Kläranlagen; problematische Maßnahmen, die man im Westen an Rhein und Donau als solche schon kannte; tolle Straßen, auf denen Rumänen, Bulgaren, Ungarn, Tschechen und andere schneller zum Klauen nach Westen kommen können. Es wird also Zeit, dass unsere Schwestern und Brüdern auch mal einen vorteilhaften Lichtblick genießen können. Auch die Rentnerinnen und Rentner in den alten Bundesländern bekommen natürlich Ende Juli mehr Rente. Allerdings würden sehr viele dies gar nicht bemerken, hätten sie nicht ein Schreiben von der Deutschen Rentenversicherung bekommen.

04 Verwaltungsvorschrift zur Bundesbeihilfeverordnung

Die Neufassung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Bundesbeihilfeverordnung (BBhV) tritt ab 1.7.2013 in Kraft. Sie dient der Auslegung bzw. Klarstellung zu den Regelungen der Bundesbeihilfeverordnung. Insbesondere zum Bereich der Pflege enthält die Verwaltungsvorschrift ausführliche Fallbeispiele.

Auf der Internetseite des Dienstleistungszentrums des Bundesverwaltungsamtes fand man bisher die noch bis zum 30.06.2013 geltende Fassung mit 175 Seiten:

http://www.dienstleistungszentrum.de/cln_329/nn_2156362/DLZ/SharedDocs/Gesetzestexte/020_Beihilfe/vwv_zur_bbhv.html?_nn=true

Ab dem 1.7.2013 wird aber die Neufassung bei www.dienstleistungszentrum.de, über das DLZ, Beihilfe, Rechtsgrundlagen veröffentlicht werden.

Die Neufassung hat einen Umfang von 144 Seiten.

Kollege **Gert Drewes**, Seniorenverband BRH, Bezirksverband Hamburg-Bergedorf, macht auf diese Änderung aufmerksam.

05 „Ratgeber für Patientenrechte“

Eine neue Broschüre **„Informiert und selbstbestimmt - Ratgeber für Patientenrechte“** informiert über wichtigste Eckpunkte: Drei Monate nach Inkrafttreten des Patientenrechtegesetzes hat am 26. Juni 2013 Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr gemeinsam mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöllner, eine umfassende Informationsbroschüre für Bürgerinnen und Bürger vorgestellt. Der Ratgeber bietet eine verständliche Darstellung und Erläuterung der Rechte der Patientinnen und Patienten. Minister Bahr betonte: „Es ist uns gelungen, mit dem Patientenrechtegesetz zum einen die Rechte gesetzlich zu fixieren und zu stärken und zum anderen auch mit Hilfe dieser Broschüre die Bevölkerung darüber zu informieren.“

Zur Zeit steht die neue Broschüre nur zum Downloaden zur Verfügung:

http://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/dateien/Downloads/P/Patientenrechtegesetz/Ratgeber_fuer_Patientenrechte.pdf

Die Broschüre wird sicher bald auch in gedruckter Version zu beziehen sein:

Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, **E-Mail:**

publikationen@bundesregierung.de, **Tel.:** 0 30 / 1 82 72 27 21

Die Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums finden Sie hier:

www.bmg.bund.de/PM_Patientenrechte-Mehr_Transparenz

06 Radfahrer: Ohne Helm lebt Ihr gefährlich!

Viele Seniorinnen und Senioren fahren Rad ohne Helm, weil sie es von Kindesbeinen an so gewöhnt sind. Sie tragen aber bei einem Zusammenstoß mit anderen Verkehrsteilnehmern **Mitschuld**, wenn ein Helm ihre Kopfverletzungen ver- oder gemin-

dert hätte und zwar selbst dann, wenn der Unfall vornehmlich auf ein verkehrswidriges Verhalten des Unfallgegners zurückgeht. Das hat der 7. Zivilsenat des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichts in einem Urteil vom 5. Juni 2013 entschieden (Az. 7 U 11/12). Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) will das Urteil zur indirekten Helmpflicht vor dem Bundesgerichtshof zu Fall bringen. „Das ist nicht in Ordnung und darf auch nicht so stehen bleiben“, sagt ADFC-Bundesvorsitzende, weil es keine Helmpflicht für Fahrradfahrer gibt. **Auf einem E-Bike besteht aber Helmpflicht, weil dann schneller gefahren wird!**

07 Sturzprophylaxe

Wir alle wünschen uns, bis ins hohe Alter beweglich und mobil zu bleiben, um all das zu tun, was uns wichtig ist und was uns Freude macht, und um unseren Alltag selbstständig zu gestalten. Für ältere Menschen macht körperliche Beweglichkeit einen ganz wichtigen Teil der Lebensqualität und der Gesundheit aus. Die Broschüre „**Sicher gehen – weiter sehen: Bausteine für Ihre Mobilität**“ (5. Auflage, 2012) informiert Sie über das Sturzrisiko im Alter, enthält einen einfachen Selbsttest und gibt viele Hinweise, wie Sie Stürzen vorbeugen können und wo Sie dazu Beratung und Unterstützung bekommen können. Die Adressenübersicht und weitere Informationen, Seiten 52 – 66, sind speziell auf Hamburg zugeschnitten.

Die Broschüre steht Ihnen als **Download** zur Verfügung.

<http://www.hamburg.de/contentblob/895024/data/sicher-gehen-broschuere-2012.pdf>

Sie kann auch gegen Portokosten bestellt werden über den BroschürensERVICE der BGV (Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, **Billstraße 80 a, 20359 Hamburg**): publikationen@bgv.hamburg.de oder telefonisch unter 040 42837-2368

08 Leserbrief: Solidarisches Handeln immer wichtiger

Ich finde es sehr positiv, dass die NRW-Protestbriefaktion "Der letzte Cent" von einer solch großen Zahl von Beamten unterstützt worden ist (Poststelle der NRW SPD lahmgelegt). Obwohl ich als Stadtoberinspektor im Ruhestand von der Kürzung **nicht persönlich betroffen war, hielt ich es für meine Pflicht, solidarisch an dieser Aktion teilzunehmen. Auch zukünftig werden die Probleme des Öffentlichen Dienstes nur durch eine große Solidarität innerhalb des dbb und seiner Verbände gelöst werden können.** Grundsätzlich bleibt festzustellen, dass die Glaubwürdigkeit der verantwortlichen Politiker stark gelitten hat. Vor Wahlen werden weitere Kürzungen abgelehnt, danach aber sofort kurzfristig umgesetzt. Solidarisches Handeln muss beweisen: Beamte sind nicht erpressbar! Der Verzicht auf das Streikrecht ist keine freiwillige Unterwerfung unter ein modernes Sklaventum! Beamte sind politisch aktive Bürger, die sich ihre Rechte nicht nehmen lassen!

Lothar Lemke, Königsberger Str. 3, 45529 Hattingen

09 Mitmachen – Nicht meckern!

Beim „BRH-AKTUELL“ sollen Ihre Wünsche und Vorstellungen als BRH-Mitglied und nicht die Interessen von Gewerkschaftsfunktionären im Vordergrund stehen. Sie als Leser sollten mitgestalten. Schreiben Sie **Leserbriefe, von 5 bis 10 Zeilen, für den „BRH-AKTUELL“**. Schön wäre es, wenn Sie **Kontakt zu uns halten** und uns hin und wieder **mitteilen, wie zufrieden oder unzufrieden Sie mit uns sind**. Haben Sie z.B. **eigene Vorschläge?** Wir freuen uns über jegliche Art der Anregung und auch Kritik.

E-Mail: brh-aktuell@gmx.de

Postanschrift: BRH-aktuell, c/o Riedel, Dreiningfeldstr. 32, 48565 Steinfurt